

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/12/2023

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2023,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der öffentlichen Sitzung 19:35 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung 21:11 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Frau Inga Jensen-Buchholz
Frau Michaela Knaack
Herr Marten Koop
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Lasse Thieme
Frau Silke von Stockum

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus
Herr Henning Rohwedder

Kinder- und Jugendbeirat
Behindertenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Frau Tanja Eicher
Frau Dr. Angela Behrens
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister
FBL I
FBL III
FD III.3.5
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Thomas Bellizzi
Herr Felix Gläveke
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Christian Schmidt
Herr Dr. Detlef Steuer
Frau Sophie von Hülsen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift
 - 5.1. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/10/2023 vom 06.11.2023
 - 5.2. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/11/2023 vom 27.11.2023
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht
7. Grundschule Am Schloß **2023/108**
 - Errichtung einer 2. Cafeteria sowie drei weitere Klassenräume in den Jahren 2024 bis 2026
8. Stormarnschule **2023/109**
 - Umstrukturierung und Sanierung des Lehrerzimmers (einschließlich der Nebenräume) in 2024
9. Grundschule Am Reesenbüttel **2023/111**
 - Erweiterung der Cafeteria in 2024
10. Zuwendungen für Kulturveranstaltungen in 2024 **2023/120**
11. Durchführung der Stadtfeste 2024 – 2026 - **2023/123**
Grundsatzbeschluss
12. Neufassung der 5. Änderungssatzung der Volkshochschule der Stadt Ahrensburg vom 01.08.2019: Anpassung von Teilnahmegebühren, Inhalten sowie der Struktur der Satzung **2023/009/1**
13. Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum **2023/056/2**

- Festlegung der Bestandsaufnahme
- Festlegung der Kategorien und Kriterien für die Überprüfung
- Festlegung der Regeln zur künftigen Benennung und Ehrungen im öffentlichen Raum
- Sachstand

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt die Anwesenden zur letzten Stadtverordnetenversammlung in 2023 und eröffnet die Sitzung um 19:35 Uhr.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Er gratuliert den Geburtstagsjubilaren.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 25 Stadtverordneten fest. 6 Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Gisela Euscher spricht für den Runden Tisch Ahrensburg für Zivilcourage und Menschenrechte. Sie äußert sich zu Top 13. Der Runde Tisch empfindet es kritisch, dass laut dem Beschluss des Bildungs- und Kulturausschusses (BKSA) die Überprüfung und Bewertung der bestehenden Straßennamen abgelehnt und nur der Blick nach vorne gesehen wurde. Dabei sei genau dieser Blick nach hinten (Warum sind welche Straßen wie benannt worden? Wie gehen wir damit um?) die Grundlage des politischen Auftrages von 2020 gewesen. Sie sagt, ohne eine Aufarbeitung der Biografien und einer Auseinandersetzung mit dem historischen Kontext wird die Arbeit der Kommission abgebrochen – und damit auch ein öffentlicher Diskussions- und Entscheidungsprozess. Herr Dr. Haering war in der Sitzung des BKSA und habe dort betont, dass, wenn man sich damit nicht auseinandersetzt, diese Problematik der Stadt immer wieder „auf die Füße falle“.

Sie fragt für den Runden Tisch: „Wie stellen sich Politik und Verwaltung vor, die Fragen der Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte anzugehen?“

Stichworte sind: Demokratische Bildung und politische Kultur in Ahrensburg.“

Bürgermeister Boege sieht dies als Frage an die Politik und erklärt, dass diese Fragestellung ggf. unter Top 13 vertieft werden kann.

Der Historiker und erste Vorsitzende des historischen Arbeitskreises Ahrensburgs, Herr Dirk Müller-Brangs, äußert sich ebenfalls zu Top 13. Er spricht - im Namen des Historischen Arbeitskreises Ahrensburgs - seine Anerkennung aus, dass die Stadtverordnetenversammlung sich im Oktober 2020 mehrheitlich zur Einrichtung einer Kommission mit dem Auftrag zu dem Projekt „Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum“ entschlossen hat. Dies sei eine verdienstvolle und mutige Entscheidung.

Die zweite Vorsitzende des historischen Arbeitskreises Ahrensburgs, Frau Karin Voss, wurde in diese Kommission gesendet. Die Kommission hat ihre Arbeit bereits soweit geleistet, dass die Umsetzung eines gewissen Abschlusses zur Debatte steht. Die Idee einer Ausstellung steht inzwischen nicht mehr zur Verfügung.

Er fragt, ob die Selbstverwaltung sich nicht wenigstens einen weiteren mutigen Ruck geben will, damit die wichtigen Ergebnisse nicht etwa „auf der Müllhalde der Geschichte“ landen. Er fragt weiterhin: „Wollen Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2024 nicht wenigstens der gemeinsamen Idee der Kommission und der Archivarin, Frau Dr. Behrens, ihre erneute, respektvolle Zustimmung geben?“

Es sollte eine Dokumentation der Biografien veranlasst werden (siehe Punkte 5+6 des Beschlussvorschlages des BKSA). Anderenfalls endet die Arbeit auf peinliche und kleinliche Weise.

Er fragt weiterhin: „Meinen Sie nicht auch, wo schon so viel Aufwand in der Kommission geleistet ist, muss es doch möglich sein, mutig einer notwendigen Verlängerung der Projektstelle - zu relativ geringen Kosten - bis Ende 2024 zuzustimmen?“. Er bittet um die Verlängerung der Projektstelle.

Bürgervorsteher Stukenberg bedankt sich für den Beitrag und verweist auf die Beratung der Stadtverordnetenversammlung, heute zu Top 13.

Frau Dr. Martina Moede, Historikerin, stellt eine Frage zum Verhältnis von Staat und Religion. Die Frage ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Sie ist sich unsicher, ob ihre Frage direkt auf kommunaler Ebene beantwortet werden kann.

Bürgermeister Boege möchte die Fragestellung zunächst überprüfen. Eine Antwort erfolgt schriftlich.

Frau Katharina Blömeke spricht für die Elternschaft der Grundschule am Schloß vor. Sie schildert die Situation der Grundschule am Schloß und geht darauf ein, dass die Schülerschaft stetig wächst. Das heißt, es gibt immer mehr Schüler die aktuell in einer umgebauten Aula essen, welche gar nicht ausreichend ist in der Größe und es bereits jetzt Hygienebedenken der Schulleitung gibt. Zudem wurde bereits in 2019 festgestellt, dass der Schule bereits mindestens 300m² Fläche für den dringend notwendigen Sportunterricht fehlen. Die Kinder können sich aktuell gar nicht alle entsprechend der Lehrpläne ausreichend bewegen – in einer Sporthalle.

Hinzu kommt, dass im Schuljahr 2024 weitere Kinder hinzukommen werden. Für diese Kinder sind gar keine Klassenräume vorhanden. Sie fragt, wo diese Kinder hinsollen.

Sie führt aus, dass es jetzt vorübergehende Lösungsansätze gibt. Es sollen Container bei der Schule aufgestellt werden und im darauffolgenden Jahr weitere Container. Weiterhin soll eine Interimscafeteria auf dem Schulgelände errichtet werden. Dazu notwendig sind vor allem die Haushaltsmittel. Die Stadt debattiert noch über den Haushalt und dieser ist noch nicht abgeschlossen.

Die Bitte der Elternschaft ist es, diese Beschlüsse zur Grundschule am Schloß für die Container und die Cafeteria 2026 auch tatsächlich zu beschließen und umzusetzen - und zwar im notwendigen Zeitrahmen. Den Kindern soll ermöglicht werden in einer vernünftigen Form zu lernen, sich zu bewegen und im Rahmen des Ganztagsschulkonzeptes auch zu essen.

Die Stadt war vorbildlich und hat bereits eine offene Ganztagsschule eingeführt, obwohl ein rechtlicher Anspruch erst ab 2026 besteht. Leider sieht es im Moment nicht so aus, als könne man dem Schritt halten. Sie fragt, ob der Elternschaft zugesichert kann, dass die Schule am 01.08. Container dastehen hat um zwei weitere Klassen aufzunehmen und auch im nächsten Schuljahr mehr Raum haben wird für weitere Klassen, um den Kindern keine Themenräume wegnehmen zu müssen. Sie sagt weiterhin, dass es wünschenswert wäre, darüber nachzudenken kurzfristig auch die Sporthalle zu sanieren, denn vor 2034 wird da aus Haushaltssicht nicht viel passieren können.

Bürgermeister Boege erklärt, dass es im Raum steht, dass die Tagesordnungspunkte zu den Schulen heute nicht beraten und beschlossen werden. Dies kann den Eindruck erwecken, dass man etwas aufschieben würde, aber man muss dazu sagen, dass selbst wenn man diese Tagesordnungspunkte heute beschließen würde, diese Beschlüsse nur umsetzbar sind, wenn der Haushalt abschließend beschlossen ist. Er möchte vorbeugend erläutern, falls diese Tagesordnungspunkte heute nicht beraten werden sollten, dass es dadurch nicht zwangsläufig zu Verzögerungen kommt. Die Beschlüsse sind ohnehin abhängig vom Haushalt und man ist bestrebt diesen jetzt möglichst zügig abzuschließen. Die angesprochenen Punkte sind der Verwaltung und Selbstverwaltung durchaus bekannt und sehr bewusst. Das Thema der Situation, dass jetzt noch zwei Klassen dazukommen und dass die Cafeteria zu klein ist und dringend Handlungsbedarf besteht wurde hier mehrfach aufgegriffen. Leider ließen sich manche Lösungen in der Zwischenzeit nicht so realisieren, wie sie mal geplant waren. Er versichert, dass man sich seitens der Verwaltung sehr intensiv damit beschäftigt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Stukenberg führt aus, dass die Tagesordnungspunkte 7,8 und 9 wieder auf der Tagesordnung stehen, weil bei der letzten Stadtverordnetenversammlung eine Vertagung beschlossen wurde. Somit sind die Tops wieder auf der Tagesordnung auch wenn die Haushaltsberatungen noch laufen. Er erläutert, dass ihm ein Antrag zur Geschäftsordnung von der WAB-Fraktion vorliegt. Der Antrag zur Geschäftsordnung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Darin beantragt die WAB die Vertagung folgender 4 Tagesordnungspunkte: Top 7, Vorlage 2023/108, Grundschule am Schloß; Top 8, Vorlage 2023/109, Stormarnschule; Top 9, Vorlage 2023/111, Grundschule Reesenbüttel sowie Top 13, Vorlage 2023/056/2, Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass er zunächst nur über die Absetzung der Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 abstimmen lässt. Er fragt, ob es zu dem Antrag der WAB Aussprachebedarf gibt. Dies ist nicht der Fall.

Abstimmungsergebnis:

24	dafür
/	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 12, Vorlage 2023/009/1, Neufassung der 5. Änderungssatzung der Volkshochschule der Stadt Ahrensburg seitens der Verwaltung zurückgezogen wird.

Bürgermeister Stukenberg erläutert zum Top 13, dass dort zwei Abstimmungsmöglichkeiten (Beschlussvorschlag der Verwaltung oder Beschlussvorschlag des Bildungs- Sport- und Kulturausschusses - BKSA) vorliegen, welche er im Tagesordnungspunkt 13 entsprechend erläutern wird. Zunächst liegt jedoch für den Top 13 der Antrag zur Geschäftsordnung von der WAB-Fraktion auf Vertagung vor.

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass ihm vom Stadtverordneten Schubert-von-Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ein optionaler Antrag zur Geschäftsordnung zur Absetzung des Top 13 vorliegt.

Stadtverordneter Schubert-von-Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erläutert, dass alles „fein“ ist, wenn man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgt. Sofern man jedoch dem Beschlussvorschlag des BKSA folgt ergibt sich die Situation, dass in 3 Kategorien (1. das was sich auf die Vergangenheit bezieht, 2. das was sich auf die Zukunft bezieht und 3. das

was sich auf den Haushalt bezieht) unterschieden wurde. Er erklärt, dass alles was haushaltsrelevant ist erst zusammen mit dem Haushalt abgestimmt werden kann.

Sollte die Version des Beschlussvorschlages des BKSA genommen werden, müsse der Beschluss auf die Haushaltsberatungen verschoben werden. In der Version des Beschlussvorschlages der Verwaltung wäre die Vorlage heute abstimmungsfähig.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass hier somit kein Antrag zur Tagesordnung vorliegt den Top 13 zu streichen. Nur im Falle des Falles, wenn der Änderungsantrag erfolgt hat und damit zum Leitantrag wird dann anschließend den Top zu vertagen zur finalen Abstimmung.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB stimmt seinem Vorredner voll zu. Er erklärt, dass die WAB-Fraktion den Antrag gestellt hat, weil er als Kommunalpolitiker mit der Grundsatzentscheidung aufgewachsen ist, dass die Selbstverwaltung die Entscheidungen trifft und die Verwaltung diese auszuführen hat. Er empfindet es hier als eindeutigen Versuch der Verwaltung diese Grenzen zu verschieben indem die Verwaltung sagt, der BKSA habe zwar anders entschieden als wir es vorgeschlagen haben, aber das halten wir nicht für richtig und deswegen nehmen wir es nicht in den Beschlussvorschlag auf. Dies kann aus Sicht des Stadtverordneten Egan von der WAB-Fraktion nicht sein. Die Aufführung im Sachverhalt reiche nicht aus und es bringt die Selbstverwaltung jetzt in die Verantwortung einen Änderungsantrag zu stellen was der BKSA längst getan hat. Auf diese Weise läuft die Arbeit der Ausschüsse einfach ins Leere.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion findet, man sollte ganz unabhängig vom Inhalt dieses Tops diese Vorlage in den Hauptausschuss zurückgeben um dort sehr ausdrücklich und klar zu klären, wer hier eigentlich „den Hut aufhat“. Sollte dies aufgrund von Satzungen und der Geschäftsordnung nicht klar formuliert sein, so müsse dies entsprechend geklärt und ggf. angepasst werden. Er empfindet die aktuelle Vorlage, welche nach Änderung nun lediglich mit dem Pop-Up - man möge bitte im Sachverhalt lesen - ergänzt wurde, als außerordentlich unbefriedigend.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass eine Zurückweisung dieser Vorlage in den Hauptausschuss nicht möglich ist, weil der Antrag aus dem BKSA kommt. Man stimmt überein, dass der Antrag zur Geschäftsordnung sich auf eine Zurückweisung in den BKSA bezieht. Die Klärung der Zuständigkeiten für Beschlüsse wird als Anregung für den Hauptausschuss aufgenommen.

Bürgermeister Boege führt aus, dass Verwaltung und Selbstverwaltung an vielen Stellen sehr vertrauensvoll und konstruktiv miteinander arbeiten. Natürlich macht er eine solche Vorlage nicht um dies alle zu gefährden oder die Selbstverwaltung zu ärgern. Es hat rein kommunalrechtlich damit zu tun, dass die Ausschüsse empfehlen und die Stadtverordnetenversammlung, bei allen Themen wo die Ausschüsse nicht abschließend zuständig sind, entscheidet. Insofern ist dies seitens der Verwaltung ein mehrfach geprüftes und legitimes Vorgehen, dass man sagt es gibt hier einen Beschlussvorschlag der Verwaltung und parallel hat man sehr deutlich und transparent klargemacht, dass der zuständige BKSA eine andere Empfehlung hat. Diese

Empfehlung war in der ersten /1-Vorlage leider nicht in einer vernünftigen Form dargestellt, weil dort die Empfehlung des BKSA nicht mit einem einfachen Antrag abstimmbar gewesen wäre. Dies war der handwerkliche Fehler in der /1-Vorlage den man behoben hat. Das heißt die „Herausforderung“ jetzt ist lediglich einmal zu sagen man wolle der Empfehlung des BKSA folgen.

Er erläutert weiterhin, dass hier jetzt zusätzlich noch hinzukommt, dass ein geänderter Beschlussvorschlag dazu führen würde, dass die gesamte Darstellung des Sachverhaltes hinfällig ist. Der Sachverhalt ist aus der Arbeit der Kommission so wie er ist und insofern ist es auch inhaltlich nur richtig, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Verwaltung hier steht. Es ist transparent dargestellt und einfach möglich mit einem Antrag der Empfehlung des BKSA zu folgen. Er ergänzt, dass dieses Vorgehen kommunalrechtlich geprüft wurde.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP merkt an, dass sich der BKSA mit diesem Thema sehr intensiv auseinandergesetzt hat. Er dankt allen Vortragenden. Im Rahmen der Abstimmung wurde im BKSA eine Einzelabstimmung der jeweiligen Punkte beantragt. Daraufhin habe er bezogen auf Punkt 2 einen Änderungsantrag eingebracht, der lautete einen bestimmten Satz zu trennen. Dieser Satz bezog sich einmal auf die Vergangenheitsthematik und einmal auf die Zukunftsthematik. Der Satz ist daraufhin entsprechend getrennt und abgestimmt worden. Es wurden dann über alle einzelnen Punkte abgestimmt. Er stimmt dem Stadtverordneten Schubbert-von Hobe insofern zu, dass tatsächlich in Punkt 5 finanzielle Dinge eine Rolle spielen und der BKSA mehrheitlich dafür gestimmt hat diesen Punkt erst im Rahmen der Haushaltsberatungen abzustimmen.

Er persönlich findet, dass der Top 13 wie auch im BKSA behandelt werden sollte. Im Zweifelsfall kommt man bei Punkt 5 zur gleichen Entscheidung.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass nunmehr über den Antrag zur Geschäftsordnung der WAB-Fraktion zur Zurückverweisung der Vorlage 2023/056/1 in den BKSA abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

9	dafür
15	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg gibt bekannt, dass der Antrag der WAB-Fraktion abgelehnt wurde und der Top 13 somit auf der Tagesordnung verbleibt.

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 14 (Berichte) und 15 (Ehrung verdienstvoller Persönlichkeiten) Vorlagen-Nr. 2023/131 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit den obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 05.12.2023 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift

5.1. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/10/2023 vom 06.11.2023

Einwände gegen die Niederschrift STV/10/2023 vom 06.11.2023 bestehen nicht.

5.2. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/11/2023 vom 27.11.2023

Einwände gegen die Niederschrift STV/11/2023 vom 27.11.2023 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 16/2023 ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

2023/108

- 7. Grundschule Am Schloß**
- Errichtung einer 2. Cafeteria sowie drei weitere Klassenräume in den Jahren 2024 bis 2026

-- *abgesetzt* –

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

2023/109

- 8. Stormarnschule**
- Umstrukturierung und Sanierung des Lehrerzimmers (einschließlich der Nebenräume) in 2024

-- *abgesetzt* –

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

2023/111

- 9. Grundschule Am Reesenbüttel**
- Erweiterung der Cafeteria in 2024

-- *abgesetzt* –

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

10. Zuwendungen für Kulturveranstaltungen in 2024

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE hält einen Sachvortrag. Er erläutert, dass es in der Vorlage um Zuwendungen zu zwei Kulturveranstaltungen geht. Die Organisatoren der Ballettfreunde und der Musiknacht haben im BKSA vorgesprochen und bitten lediglich um eine Vorfinanzierung dieser Kulturveranstaltungen, falls nicht ausreichend Sponsoren eingeworben werden können. Zum aktuellen Zeitpunkt brauchen beide die Sicherheit weitermachen zu können. Dies ist nur möglich mit einer im Rücken stehenden möglichen Zuwendung der Stadt. Unter dieser Voraussetzung hat der BKSA der Vorlage für beide Veranstaltungen einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Stukenberg berichtet, dass es bei der Vorlage zu Punkt 2 eine Gegenstimme im BKSA gab.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion beantragt eine Einzelabstimmung der einzelnen Punkte.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag zu Punkt 1 und lässt anschließend darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Ballettfreunde Ahrensburg e. V. wird für die Veranstaltung am 21.04.2024 eine Zuwendung in Höhe von 1.475 € gewährt. Entsprechende Mittel sind im PSK 28105.5318000 in 2024 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag zu Punkt 2 und lässt anschließend darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

2. Dem Veranstalter FTmanagement wird für die Musiknacht am 25.05.2024 eine Zuwendung in Höhe von 15.000 € gewährt. Entsprechende Mittel sind im PSK 28105.5318000 in 2024 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
1	dagegen
2	Enthaltung(en)

2023/123

11. Durchführung der Stadtfeste 2024 – 2026 - Grundsatzbeschluss

Stadtverordneter Kubczigk von der Fraktion SPD hält einen Sachvortrag und führt aus, dass der Vorlage im Bildungs- und Kulturausschuss (BKSA) sowie im Bau- und Planungsausschuss (BPA) einstimmig zugestimmt wurde.

Er führt aus, dass das Stadtfest in 2023 endlich wieder stattfinden konnten nach Corona. Es verlief sehr erfolgreich und auch die Betreiber waren sehr zufrieden. Nunmehr geht es darum den Grundsatzbeschluss zu fällen, dass das Stadtfest für die nächsten 3 Jahre grundsätzlich stattfinden darf.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 21.06.2023 wird grundsätzlich positiv beschieden für die Durchführung der jährlich stattfindenden Stadtfeste von 2024 bis 2026. Es wird gesondert ein auf jedes Einzeljahr bezogene, konkrete Antragstellung auf Sondernutzung notwendig und folgend eine entsprechende Erlaubnis auf Basis der „Sondernutzungsatzung der Stadt Ahrensburg und deren Gebühren an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg“ erteilt.

Für die Sondernutzung wird eine pauschalisierte Gebühr in Höhe von bis zu 7.000 €, abhängig von der zur Ausrichtung des Stadtfestes tatsächlichen Flächeneinnahme, erhoben.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
/	dagegen

2023/009/1

12. **Neufassung der 5. Änderungssatzung der Volkshochschule der Stadt Ahrensburg vom 01.08.2019: Anpassung von Teilnahmegebühren, Inhalten sowie der Struktur der Satzung**

-- abgesetzt --

Siehe Top 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

2023/056/2

13. **Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum**
- Festlegung der Bestandsaufnahme
- Festlegung der Kategorien und Kriterien für die Überprüfung
- Festlegung der Regeln zur künftigen Benennung und Ehrungen im öffentlichen Raum
- Sachstand

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Er erläutert, dass es eine Kommission gab, welche sich 2 Jahre intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt hat. Die Kommission setzt sich zusammen aus der Verwaltung, zwei Vertretern des Bildungs- und Kulturausschusses (BKSA) und Vereinen wie z.B. dem Runden Tisch.

Er erklärt, dass heute zwei Möglichkeiten der Abstimmung bereitstehen, zum einen der Beschlussvorschlag der Verwaltung und zum anderen die Empfehlung des BKSA nach der dort erfolgten Einzelabstimmung. Für den BKSA ist es so, dass alles was auf die Vergangenheit bezogen ist abgelehnt wurde, allem was auf die Zukunft bezogen wird wurde zugestimmt und alles was haushaltsrelevant ist wurde vertagt. Das heißt, die Empfehlung des BKSA kann in der heutigen Sitzung noch nicht endgültig beschlossen werden.

Frau Eicher (FBL III) ergänzt den Sachvortrag umfänglich. Die Ausführungen von Frau Eicher sind dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt die Einzelabstimmung für beide (Verwaltung und BKSA) Abstimmungsvarianten.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt

aus, dass wir von Kriegen umgeben sind, diese jedoch weit weg sind. Man habe gewaltsamen Widerstand gegen Flüchtlingsunterkünfte außerhalb von Ahrensburg, also auch nicht unser Problem. Man habe im Kreis Stormarn schon die AFD und das ist nicht mehr weit weg.

Er berichtet von einem persönlichen Erlebnis auf der Rückfahrt von Hamburg. Es trat ein großer und kräftiger junger Mann in Hamburg in die U-Bahn ein, welcher deutlich alkoholisiert war. Er grölte in der Bahn herum und traf auf eine Familie ausländischen Ursprungs mit Kindern. Der Familienvater bat den Mann freundlich darum leise zu sein. Daraufhin wurde der Familienvater weggeschubst mit den Worten „Halt die Klappe Kanacke“. Was er dann erlebte fand er unglaublich. Eine ältere Dame mit ihrem Ehemann trat ihm entgegen. Das nennt Stadtverordneter Gertz Courage, den Menschen zu zeigen wofür man einsteht.

Er kommt auf einen anderen Punkt zu sprechen und erläutert, dass es in Deutschland über 4.000 Schulen gibt die sich „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nennen. In Ahrensburg gibt es auch eine solche Schule, die Selma-Lagerlöf-Schule (SLG), welche dafür eintritt.

Er berichtet weiterhin, dass es gestern im Schleswig-Holstein Magazin einen Bericht von der Stormarnschule gab. Dort ging es um eine Geschichtswerkstatt, vom Kreis Stormarn gefördert, die sich um die Familie in Ahrensburg kümmert, die direkt neben der Schule mit Pflastersteinen verfolgt wurde. Wenn er dann hört, dass das Thema die Vergangenheit auslassen und man sich nur um die Zukunft kümmern soll, da fragt er sich wo denn die Courage von Ahrensburg ist.

Er kann dies nicht nachvollziehen. Gründe wie, dass es z.B. eine Spaltung der Bevölkerung gibt, versteht er nicht. Die Bevölkerung sei bereits aufgespalten und man müsse ihr entgegenstehen und zeigen wofür man steht. Man dürfe die Vergangenheit nicht ignorieren. Er fragt in den Saal: „Wofür steht Ahrensburg und was können wir machen?“.

Zuletzt geht er darauf ein, dass man sich nicht darauf berufen kann, dass die Kinder alles bei Wikipedia nachlesen können. Er führt das Beispiel von Otto Schumann an. Über Otto Schumann findet man bei Wikipedia 7 verschiedene Einträge. Darunter ist dann ein deutscher Polizeigeneral und SS-Gruppenführer. Er fragt, ob unsere Straße nach diesem Mann benannt ist oder doch eher nach Otto Schumann dem Politiker von der SPD. Wikipedia kennt hier nicht die richtige Antwort. Es sei der Auftrag Ahrensburgs dies den Kindern zu sagen und sie aufzuklären. Otto Schumann ist positiv in seinem Leben aufgetreten, das weiß man nicht, wenn man auf Wikipedia nachliest.

Er schließt seinen Wortbeitrag damit, dass es unglaublich wichtig ist die Kinder aufzuklären und zwar nicht nur mit Negativbeispielen, sondern auch über die positiven Biografien zu informieren – also die Personen zu würdigen nach denen zurecht Straßen und Orte benannt wurden.

Bürgervorsteher Stukenberg weist aus gegebenen Anlass daraufhin, dass Zustimmungsbekundungen und Ablehnungen aus dem Publikum nicht zulässig sind.

Stadtverordneter Schubert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erklärt, dass er selbst den ursprünglichen Antrag gestellt habe. Dies resultierte daraus, dass die Stadt ein Beschilderungskonzept für die SLG aufstellen wollte und der damalige Schulleiter sich geweigert hat auf einem

Schild zu stehen mit dem Namen „Alfred Rust“, weil der Alfred-Rust-Saal ja direkt an die Schule grenzt. Die Stadt war hierdurch handlungsunfähig. Er sagt es sei unglaublich wichtig, dass man diese Thematik endlich klärt und sich auch mit der Vergangenheit beschäftigt. Man braucht eine Handhabe für solche Fälle und daher bittet er um Zustimmung zur Verwaltungsvorlage.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB fühlt sich als habe er gerade ein intellektuelles Schleudertrauma bekommen. Er kommt auf die Ursprünge des Projektes zu sprechen und erklärt, dass es darum ging, dass Leute der Meinung sind ein Graf Schimmelmänn und ein Herr Rust seien es nicht wert, dass Straßen/ Räume nach ihnen benannt sind. Das sei der Grund für die Kommission gewesen. Jetzt hört er hier, dass es um Antisemitismus, Hassmails und all so etwas geht. Er fragt sich was dies hiermit zu tun hat. Er fragt, ob Ahrensburg etwa eine antisemitische Stadt ist oder hier der Mob tobt.

Seiner Meinung nach geht es hier darum, dass die Leute versuchen historische Persönlichkeiten mit den heutigen Maßstäben zu messen. Ihm sind die Hintergründe einiger Persönlichkeiten nach denen Straßen und Orte benannt wurden sehr wohl bewusst, jedoch fragt er sich wo man da anfangen und wo aufhören will. Die Diskussion dreht sich endlos im Kreis und man löst es nicht dadurch, diese Persönlichkeiten „weg zu löschen“. Damit wiegelt man die Gemüter auf und bringt Unruhe. Die Menschen haben damals anders getickt und waren sehr stolz auf Menschen wie z.B. Bismarck als Gründer des Deutschen Reiches.

Er glaubt hier wird Luft in ein Projekt geblasen wo vorher keine war und bittet alle Beteiligten bei den Fakten zu bleiben.

Stadtverordneter Thieme von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN äußert, dass er die Problematik des „endlos im Kreis Drehens“ darin sieht, grade weil man sich nicht mit dieser Thematik beschäftigt. Das was die Kommission geleistet hat ist der große Verdienst, dass wir Grundlagen entwickeln. Es muss einmal grundlegend geklärt werden wie wir an die Sache rangehen wollen. Wenn wir diese Dinge jedes Mal nicht abschließend behandeln, dann müsse man sich immer wieder damit beschäftigen. Man braucht jetzt klare Konzepte.

Er hat ein Problem mit dem Wortbeitrag von Stadtverordnetem Egan und erläutert, dass niemand die Absicht hat irgendwelche Personen zu „weg zu löschen“. Dies sei nicht die Absicht, sondern eher im Gegenteil einmal grundlegend zu klären, was die Verdienste und was die problematischen, historischen Momente dieser Personen sind. Wenn man sich damit beschäftigt ist es im nächsten Schritt natürlich die große Frage, was man mit diesen Erkenntnissen macht. Er merkt an, dass diese Fragestellung jedoch jetzt gar nicht Bestandteil dieser hoffentlich abschließenden Behandlung ist.

Es am Ende ist es die Aufgabe zu sagen bei welchen Personen man es ggf. als problematisch ansieht Straßen etc. nach ihnen zu benennen. Im Moment gelte es zu klären wie und auf welche Art das Ganze bewertet werden soll und man sich damit beschäftigen will. Er findet es problematisch, jetzt wo man schon so viele Ressourcen investiert hat, mittendrin aufzuhören. In diesem Fall wäre das Ergebnis, dass man den Inhalt nicht vollwertig verwerten kann und man sich immer wieder vollumfänglich damit beschäftigen müsste. Das empfinde er als viel zu Zeitraubend.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP gibt an, dass er etwas geflasht ist und jetzt staatstragende Vorträge gehört hat. Er denkt, dass man sich Gedanken darüber machen sollte, ob man die Dinge, die so genannt wurden, aus dem kleinen Ahrensburg heraus erfüllen könne. Er vermutet, dass man über Persönlichkeiten Bismarck, Schimmelmänn und Kant hervorragende Ausführungen finden und nachlesen kann in denen sowohl die positiven als auch die negativen Seiten ausführlich beschrieben sind. Er denkt, man wird diese Probleme die beschrieben worden sind (wie z.B. der geschilderte Fall in der U-Bahn) mit dem was man hier vorhat in Ahrensburg nicht lösen können.

Er führt weiter aus, dass damals, vor 2-3 Jahren, als man über den Beginn dieses Projekts sprach in Leserbriefen und Zeitungsartikel sehr kontrovers über dieses Projekt gesprochen worden ist. Schon damals hatte man die Sorge, dass man sich tatsächlich spaltet. Das merke man bereits an anderen Punkten wie z.B. daran das man nicht mehr in der Lage sei miteinander vernünftig zu diskutieren und Argumente auszutauschen. Entsprechend war es nie das Anliegen in irgendeiner Form bestimmte Namen schön zu reden.

Der konkrete Vorschlag der Fraktion FDP war es, es anderen Städten gleichzumachen (z.B. Zell am See) und keine Straßenumbenennungen vorzunehmen oder kritische Namen von Persönlichkeiten „weg zu löschen“, sondern sich mit den Persönlichkeiten auseinanderzusetzen und diese als Zusatz zum Straßenschild zu beschreiben. Dies hält er für eine gute und leistbare Lösung und merkt an, dass dies bitte nicht mit dem entsprechenden Aufwand, der in der Vorlage vorgesehen ist, erfolgen sollte. Er merkt an, dass er Frau Dr. Behrens sehr schätzt, aber er bittet dennoch darum dieses Thema ich „zu hoch zu hängen“. Er schlägt erneut vor, Dokumentationen an die Straßenschilder anzubringen.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN merkt an, dass die grundsätzlichen Kategorien und Kriterien für Straßenbenennungen bereits fertig gestellt sind und nur noch in ein Format eingebracht werden müssen. Es geht nur darum festzulegen, nach welchen Kriterien man handeln könnte – nicht das man handelt. Der Beschluss zur Dokumentation einer Straße müsste im zuständigen Gremium erst noch gefasst werden. Er geht darauf ein, dass eine Umbenennung von Straßen laut Vorlage erst der allerletzte Punkt ist. Dahin wolle man gar nicht, sondern man wolle Aufklärung. Man ist sich darüber bewusst, dass durch eine Umbenennung eine Geschichte nicht verschwindet. Er versteht nicht warum viele denken, dass die Kommission alle Straßen umbenennen wolle. Dies sei nicht wahr.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD stellt fest, dass seine Fraktion zur Beschlussvorlage der Verwaltung steht. Diesen Beschlussvorschlag hält die Fraktion für einen tragbaren Kompromiss zwischen den noch deutlich weitergehenden Vorstellungen die die Kommission idealtypisch für ihre Arbeit gesehen hat und den personellen und finanziellen Limitierungen denen die Stadt ausgesetzt ist. Er erklärt, dass die Verwaltungsvorlage genau diesen Spagat versucht damit die umfangreich geleistete Arbeit der Kommission nicht umsonst gewesen ist und gleichzeitig versucht man den begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt Rechnung

zu tragen. Diesen Spagat in der Verwaltungsvorlage hält Stadtverordneter Randschau für sehr gelungen.

In der Vorlage wird deutlich beschrieben, was so die Handlungsideen sind, welche von der Kommission erarbeitet wurden und diese bestehen eben nicht darin alle Straßen etc. umzubenennen. Selbst wenn man dies in einen spezifischen Fall vor hätte wäre hierzu ein weiterer Beschluss der Stadtverordnetenversammlung notwendig. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sieht vor, dass eine ganz konkrete Einzelfallprüfung vorgenommen wird bei der die Umbenennung nur das letzte Mittel sein soll. In Anbetracht der Komplexität der Materie sei dies ein recht abgewogener Vorschlag mit dem man gut beraten sei.

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt die namentliche Abstimmung für die Vorlage 2023/056/2.

Bürgermeister Boege stellt fest, dass viele Argumente ausgetauscht wurden und möchte sich gerne aus seiner Perspektive ebenfalls dazu äußern. Er erläutert, dass er am Anfang des ursprünglichen Beschlusses viele Sympathien für die Frage „Warum brauchen wir das“ hatte. Auch im Wahlkampf wurde er gefragt was er davon halte und meinte seinerzeit, dass er glaube es gäbe größere Probleme. Anfangs war er sehr skeptisch, weil er viele der Befürchtungen die hier geäußert wurden (z.B. aus heutiger Perspektive über die Vergangenheit richten, Straßenumbenennungen etc.) ebenfalls als Sorgen hatte. Letztlich ist er mit dem Ergebnis der Arbeit der Kommission dahingehend eines Besseren belehrt worden, dass es sehr wohl Möglichkeiten gibt ohne radikalen Denkmalsturz eine würdige und professionelle Erinnerungskultur in einer Stadt vorzunehmen.

Wer dem Vorschlag von Dr. Haering im BKSA gelauscht hat weiß, dass er eine Koryphäe im Bereich der Erinnerungskultur ist und er den Prozess in Ahrensburg gelobt hat und ausdrücklich den Vorschlag wie jetzt damit umgegangen werden sollte gelobt hat. Dies war für Bürgermeister Boege der späteste Punkt der bei ihm zu einem Umdenken geführt hat.

Er persönlich ist davon überzeugt, dass der Vorschlag zum Vorgehen ein sinnvoller ist, gerade weil viele Sachen an denen sich die vermeintlich große Kritik entzündet hat in der Vorlage gar nicht enthalten bzw. geplant sind. Es ist auch die Frage was man jungen Menschen als Basis geben will um sich mit der Stadtgeschichte auseinanderzusetzen. Man hat jetzt die Chance ein Positivbeispiel dafür abzugeben wie man mit Erinnerungskultur und der eigenen Stadtgeschichte umgeht.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP erklärt, dass es für ihn insbesondere um den Punkt geht. Da gehe es darum, dass der Vorschlag der Verwaltung vorsieht die Dokumentation der Biografien abzuschließen und die damit notwendige Verlängerung der Projektstelle mit 20h bis Ende 2024 im Rahmen des Stellenplans 2024 zur Verfügung zu stellen. Es geht also darum, dass man sich nochmal 1-2 Jahre mit dieser Thematik auseinandersetzen will und dies mit einem Kostenvolumen von ca. 50.000-60.000 €.

Wer sich mit den laufenden Haushaltsberatungen beschäftigt weiß, dass man sich mit ganz anderen Fragestellungen, welche finanziellen Aufwendungen man in Zukunft vornehmen will und welche nicht, befassen muss. Die Bitte der Fraktion FDP war, dass man durchaus der Stadtarchivarin den Auftrag

gibt diese Fragestellungen, die im Rahmen des jetzigen Projektes noch zu klären sind auch zu klären. Dies sei aus Sicht der Fraktion FDP auch ihre Aufgabenstellung. Man sollte den weiteren Fortgang des Projektes in ruhiger Form klären.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU geht darauf ein, dass der BKSA anders als im Beschlussvorschlag der Verwaltung entschieden hat. Er fragt sich, ob es korrekt ist, dass die Entscheidung des Ausschusses nicht im eigentlichen Beschlussvorschlag aufgeführt wurde. Er fragt, was die Ausschüsse eigentlich noch entscheiden, wenn dies die Verwaltung gar nicht mehr interessiert.

Bürgermeister Boege antwortet, dass es viele Themen gibt in denen man sich gut und konstruktiv austauscht und er kein Interesse habe Ärger zu erzeugen, welcher nicht sein müsste. Er erläutert, dass die Ausschüsse über Empfehlungen an die Stadtverordnetenversammlung entscheiden. Entschieden wird abschließend in der Stadtverordnetenversammlung (bei Themen in denen die Ausschüsse nicht abschließend zuständig sind). Er sagt, dass die Empfehlung des BKSA unproblematisch zur Abstimmung gestellt werden kann.

Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass man zunächst darüber abstimmen wird, welches der Hauptantrag ist und anschließend eine Einzelabstimmung mit namentlicher Abstimmung vornehmen wird.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der Fraktion FDP merkt an, dass die Vorlage transparent dargestellt ist, aber seiner Meinung nach die Empfehlung des BKSA direkt beim Beschlussvorschlag der Verwaltung mit aufzuführen wäre.

Er geht weiterhin darauf ein, dass er sich an dem Antrag auf namentliche Abstimmung stört. Er ließe sich mit dieser Abstimmung nicht unterstellen, dass seine Arbeit gegen Antisemitismus und seine Arbeit gegen Rassismus in der Gesellschaft irgendetwas mit dieser Abstimmung zu tun hat. Das würde Stadtverordneter Schubbert- von Hobe hier mit seinem Antrag auf namentliche Abstimmung suggerieren.

Er glaubt, man habe gemeinsam die Aufgabe - in einer aufgeheizten Situation in dieser Gesellschaft grade gegen Antisemitismus und Rassismus und grade auch gegen einen Umgang mit unserer Vergangenheit – alles dafür zu tun um diesen Dingen entgegenzuwirken. Er glaubt jedoch nicht, dass all dies etwas mit der zur Abstimmung stehenden Vorlage zu tun hat. Bei 75 Straßennamen in er in der Bestandsaufnahme gefunden habe findet es vielleicht 5 die wirklich kritisch sein könnten, weil es da Dinge gibt die man nicht einfach so wissen kann automatisch. Zum Beispiel sei auch bei Otto Schumann nur wichtig zu erläutern, dass es um den Otto Schumann geht, der bei der SPD gewesen ist und nicht um jenen, der damals im SS-Bereich tätig war. Er erkennt keine Notwendigkeit für eine Kommission zur Erstellung der Biografien. Entsprechend kündigt er an, dass er gegen die Aufarbeitung der Vergangenheit stimmen wird jedoch ändert dies nichts an seinem massiven Engagement gegen jede Form von Antisemitismus und Rechtsradikale.

Bürgervorsteher Stukenberg möchte klarstellen, dass niemand anzweifelt,

dass unter den Stadtverordneten jemand dabei ist der nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Dies würde nicht impliziert. Er dankt allen für ihren Einsatz in dieser ernsthaften Debatte und hofft es bleibe bei dem gegenseitigen, respektvollen Umgang miteinander.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB möchte nochmals zwei Aspekte hervorheben. Es wurde mehrmals gesagt, dass man eigentlich nicht vor habe irgendwelche Straßennamen zu ändern, aber in der Beschlussvorlage zum Punkt 7 stehe genau dies drin.

Er sagt im Punkt 7 sei genau dieses Vorgehen beschrieben. Natürlich müsse am Ende die Stadtverordnetenversammlung zustimmen, aber der Impuls sei eindeutig mit eingespeist.

Des Weiteren möchte er daran erinnern, dass man jetzt mit der neuen Wahlperiode die Zahl der Ausschüsse auf 7 reduziert habe. Die Begründung dafür war, dass nur ein 7er-Ausschuss die Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung korrekt abbildet. Was man jetzt jedoch tut, ist das man es heute dem „Grippegott“ überlässt bei welcher Fraktion mehr Personen nicht anwesend sind. Auf dieser Basis wird man jetzt eine Entscheidung treffen und dies findet er ziemlich schwach.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der Fraktion FDP stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er erläutert, dass er vor dem Hintergrund, dass heute nicht die tatsächlich gewählten Mehrheitsverhältnisse abgebildet sind, erneut die Absetzung des Tagesordnungspunktes beantragt. Man möge auf der nächsten Sitzung mit den ordentlichen Mehrheitsverhältnissen abstimmen.

Stadtverordneter Siller von der Fraktion CDU beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird zu Beratungszwecken um 21:00 unterbrochen.

Bürgervorsteher Stukenberg führt die Sitzung um 21:08 Uhr fort und erklärt, dass ihm nach reger Debatte nun von Stadtverordnetem Dr. Buchholz von der Fraktion FDP ein geänderter Antrag zur Geschäftsordnung vorliegt. Dieser lautet: Rückverweis der Vorlage 2023/056/2 in den Bildungs- und Kulturausschuss (BKSA).

Abstimmungsergebnis:

19	dafür
2	dagegen
4	Enthaltung(en)

Entsprechend der Abstimmung wird die Vorlage 2023/056/1 in den BKSA zurückverwiesen.

Bürgervorsteher Stukenberg wendet sich an die Öffentlichkeit und wünscht allen Anwesenden Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr. Er lädt alle zum Neujahrsempfang am 19.01.2024 ein.

Bürgervorsteher Stukenberg beendet die öffentliche Sitzung der

Stadtverordnetenversammlung 21:10 Uhr.

Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

Peggy Ehrig
Protokollführerin